

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über den Arbeitsbesuch in Prag am 12. und 13. September 2019 und Treffen mit tschechischen Amtskollegen

Am 12. und 13. September 2019 fanden in Prag bilaterale Gespräche zwischen der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Maria Patek, und den tschechischen Ministern für Landwirtschaft, Miroslav Toman, für Umwelt, Richard Brabec, sowie für Industrie, Handel und Energie, Vize-Premierminister Karel Havlíček, statt. Im Mittelpunkt des Pragbesuches stand vor allem die tschechische Atomkraftpolitik, wie die von Österreich kritisierte Laufzeitverlängerung bestehender Reaktorblöcke des Atomkraftwerkes in Dukovany sowie dessen weiterer Ausbau und die Suche nach einem Tiefenendlager für Atommüll. Zudem war die Problematik der Waldschäden durch Borkenkäfer ein zentrales Thema.

Aktuell stehen für Österreich drei Aspekte der Anti-Atomkraftpolitik in Tschechien im Vordergrund: Erstens die Kritik am geplanten Ausbau des Atomkraftwerkes Dukovany und an der positiven abschließenden Stellungnahme im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung. Zweitens die Aufforderung an die Tschechische Republik bei zukünftigen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen, bei der Österreich eingebunden wird – ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom Juli 2019 hat jüngst diese österreichische Rechtsauffassung unterstützt. Drittens die Kritik an dem möglichen Plan, die tschechische Endlagerstätten für Atommüll in österreichischer Grenznähe zu errichten.

Beim Treffen mit dem für Umweltverträglichkeitsprüfungen zuständigen Umweltminister Brabec standen die ersten beiden Aspekte im Mittelpunkt. Beim Treffen mit dem Minister für Industrie, Handel und Energie, Havlíček, waren die allgemeine Kritik an Atomkraft und die Frage des Atommüllendlagers, das in die Zuständigkeit des Energieministers fällt, die zentralen Punkte. Im Rahmen der Gespräche wurden die österreichischen Bedenken klar angesprochen. Aus österreichischer Sicht ist Kernenergie weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch stellt sie eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels dar.

Daher wurde auch das dringende Anliegen vorgebracht, die Republik Tschechien möge entsprechend unserer Auffassung europäischen Rechts, die auch der Europäische Gerichtshof jüngst unterstützt hat, bei zukünftigen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen. Österreich hat entsprechend auch verlangt auf dieser rechtlichen Grundlage eine Neubewertung der bereits erfolgten Entscheidungen zur Laufzeitverlängerung der Blöcke 1 – 4 des Atomkraftwerkes Dukovany durchzuführen. Diese Anliegen wurden auch in Form eines offiziellen Briefes an Umweltminister Brabec und Energieminister Havlíček übergeben.

Ein weiteres Thema der Gespräche war die Borkenkäferproblematik, die umfassend sowohl mit dem tschechischen Landwirtschaftsminister, Miroslav Toman, als auch dem für Nationalparks zuständigen Umweltminister Brabec besprochen wurde. Ausgehend vom Nationalpark Böhmerwald (Šumava), der sich an der Grenze zu Oberösterreich befindet, sind auch österreichische Wälder derzeit akut von Borkenkäfern befallen und in ihrem Bestand massiv bedroht. In der Vergangenheit konnten die damit verbundenen Herausforderungen durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Tschechischen Republik gut in den Griff bekommen werden. Mittlerweile ist die Borkenkäferkalamität jedoch wieder stark eskaliert. Daher sind rasche Forstschutzmaßnahmen innerhalb einer 500 Meter breiten Pufferzone auf tschechischem Staatsgebiet entlang der Grenze zu Österreich dringend nötig. Derzeit sind solche Maßnahmen aufgrund eines neuen tschechischen Naturschutzgesetzes nicht möglich. Daher wurde um Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses bezüglich der angekündigten Zonierungsverordnung mit Verankerung der nötigen Ausnahmen in der Tschechischen Republik gebeten, um weitere Waldschäden verhindern zu können. Im Rahmen der Gespräche wurden von tschechischer Seite sowohl die Herausforderungen bei der Umsetzung als auch die Perspektiven für eine raschere Umsetzung sowie eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit erörtert.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. Oktober 2019

DIⁱⁿ Maria Patek, MBA
Bundesministerin